

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Bezirksvertretung 2	22.06.2026	Ö	Entscheidung

Freigabedatum: 11.06.2026	Gestellt von: CDU-Fraktion in der BV 2, SPD-Fraktion in der BV 2
----------------------------------	---

Sicherheitsmaßnahmen nach Medikamentenfunden auf dem Außengelände des Familienzentrums Pusteblume

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

Beschlussvorschlag

Die Fraktionen CDU und SPD in der Bezirksvertretung 2 beantragen:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. über die Umstände der auf dem Gelände des Familienzentrums Pusteblume an der Kaiser-Wilhelm-Straße 29 aufgefundenen Medikamente zu berichten;
2. darzulegen, welche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Sicherung des Außengeländes bereits ergriffen wurden beziehungsweise noch vorgesehen sind;
3. zu prüfen, wie künftig verhindert werden kann, dass gefährliche Gegenstände oder Medikamente auf das Außengelände der Kindertageseinrichtung gelangen;
4. in Abstimmung mit den zuständigen Stellen darzustellen, ob vergleichbare Vorfälle bereits in der Vergangenheit im Umfeld der Einrichtung oder in anderen Kindertageseinrichtungen des Stadtbezirks aufgetreten sind;
5. der Bezirksvertretung 2 über die Ergebnisse der Prüfungen sowie über gegebenenfalls notwendige weitere Maßnahmen zu berichten.

Sachverhalt

Nach Angaben von Bürgerinnen und Bürgern wurden auf dem Außengelände des Familienzentrums Pusteblume an der Kaiser-Wilhelm-Straße 29 mehrere Medikamentenblisters aufgefunden, die nach Aussage der KiTa-Leitung opioidhaltige Medikamente enthielten. Darüber hinaus wurden weitere Medikamente, im Sandkasten vergraben, vorgefunden.

Aufgrund der damit verbundenen Gefährdung für die betreuten Kinder sah sich die Einrichtung veranlasst, das Außengelände bis auf Weiteres zu schließen. Der Vorfall hat bei Eltern, Beschäftigten und Anwohnern erhebliche Besorgnis ausgelöst.

Das Auffinden von Medikamenten auf dem Gelände einer Kindertageseinrichtung stellt ein ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko dar. Insbesondere bei Kleinkindern können bereits geringe Mengen bestimmter Medikamente zu schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen führen.

Vor diesem Hintergrund besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse daran, die

Hintergründe des Vorfalls aufzuklären und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Kinder dauerhaft zu gewährleisten.

Petra Seidemann-Matschulla
CDU-Fraktionsvorsitzende in der BV2

Mady Derißen-Kreutzer
SPD-Fraktionsvorsitzende in der BV2

Anlage/n

Keine